



Inflation im Okt.2026: Energiepreise steigen um 12,2 Prozent Inflation steigt auf 2,8 Prozent – Energie verteuert das Leben, während die Kerninflation sinkt

Ute Pappelbaum

Die Inflation in Deutschland bleibt hartnäckig. Im Oktober 2026 sind die Verbraucherpreise nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Besonders deutlich fällt erneut die Verteuerung bei Energie aus, deren Preise um 12,2 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Zugleich sinkt die Kerninflation auf 2,1 Prozent. Die Zahlen zeigen eine Wirtschaft, in der sich der allgemeine Preisauftrieb und die Belastung durch Energie zunehmend unterschiedlich entwickeln. Für private Haushalte und Unternehmen ist diese Unterscheidung allerdings nur begrenzt tröstlich.

Energie bleibt der entscheidende Preistreiber

Die Inflationsrate in Deutschland liegt im Oktober 2026 voraussichtlich bei 2,8 Prozent. Gegenüber September gingen die Verbraucherpreise zwar um 0,2 Prozent zurück, im Jahresvergleich bleibt der Preisauftrieb jedoch deutlich über dem Stabilitätsziel der Europäischen Zentralbank von mittelfristig zwei Prozent.

Auffällig ist vor allem die Entwicklung der Energiepreise. Sie lagen im Oktober um 12,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im September hatte der Anstieg noch 14,9 Prozent betragen. Die Dynamik hat sich damit etwas

abgeschwächt, von einer Entspannung kann angesichts des weiterhin zweistelligen Preiszuwachses allerdings kaum gesprochen werden.

Denn eine sinkende Teuerungsrate bedeutet zunächst nur, dass die Preise langsamer steigen als zuvor. Sie bedeutet nicht, dass Energie wieder günstiger geworden ist.

Gerade bei Heizkosten, Kraftstoffen und anderen energieabhängigen Ausgaben macht sich dieser Unterschied bemerkbar. Haushalte müssen die höheren Kosten aus ihrem verfügbaren Einkommen bestreiten, während Unternehmen mit steigenden Energieaufwendungen kalkulieren und entscheiden müssen, in welchem Umfang sie diese an ihre Kunden weitergeben können.

Kerninflation bei 2,1 Prozent – ein aufschlussreicher Widerspruch

Während Energie weiterhin erheblich teurer wird, fällt die sogenannte Kerninflation mit 2,1 Prozent deutlich niedriger aus als die allgemeine Inflationsrate. Bei dieser Kennzahl werden die besonders schwankungsanfälligen Preise für Energie und Nahrungsmittel herausgerechnet.

Der Abstand von 0,7 Prozentpunkten zeigt, dass die aktuelle Teuerung nicht gleichmäßig über sämtliche Verbrauchsbereiche verteilt ist. Der Energiepreisanstieg hebt die Gesamtinflation, während sich der Preisauftrieb in den übrigen berücksichtigten Güter- und Dienstleistungsgruppen insgesamt moderater darstellt.

Allerdings lässt sich daraus noch nicht ableiten, dass die höheren Energiekosten ohne weitere Folgen bleiben. Energie ist nicht nur ein unmittelbar konsumiertes Gut, sondern zugleich ein Kostenfaktor für Produktion, Transport und zahlreiche Dienstleistungen. Ob und in welchem Umfang die Unternehmen diese Belastungen weiterreichen, wird sich erst in der weiteren Preisentwicklung zeigen.

Für die Geldpolitik ergibt sich daraus eine schwierige Konstellation: Der allgemeine Preisauftrieb liegt über dem Inflationsziel, während die Kerninflation bereits vergleichsweise nahe daran liegt. Eine geldpolitische Reaktion auf einen Energiepreisschock kann dessen unmittelbare Ursache nicht beseitigen, wohl aber die gesamtwirtschaftliche Nachfrage beeinflussen.

Warum die persönliche Inflation von 2,8 Prozent abweichen kann

Der Verbraucherpreisindex bildet die durchschnittliche Preisentwicklung eines statistisch festgelegten Warenkorbs ab. Wie stark einzelne Haushalte tatsächlich belastet werden, hängt dagegen von ihrer individuellen Ausgabenstruktur ab.

Wer einen größeren Anteil seines Einkommens für Heizung, Mobilität oder andere energieintensive Bedürfnisse ausgeben muss, kann eine deutlich höhere persönliche Teuerung erfahren als der Durchschnittswert vermuten lässt. Haushalte mit geringerem Energieverbrauch sind von der aktuellen Entwicklung entsprechend weniger unmittelbar betroffen.

Hinzu kommt, dass die Inflationsrate lediglich die Preisveränderung gegenüber einem Vergleichszeitraum misst. Bereits in den Vorjahren entstandene

Preissteigerungen verschwinden nicht aus dem Haushaltsbudget, nur weil sich die jährliche Teuerungsrate abschwächt.

Das Statistische Bundesamt stellt deshalb einen persönlichen Inflationsrechner bereit, mit dem Verbraucher ihre Ausgaben nach einzelnen Gütergruppen gewichten und die daraus resultierende individuelle Inflationsrate bestimmen können.

Was die Zahlen für Versicherer und Vermittler bedeuten

Für die Versicherungswirtschaft sind die neuen Inflationsdaten aus mehreren Gründen relevant. Steigende Lebenshaltungskosten können die finanziellen Spielräume privater Haushalte einschränken und damit auch die Bereitschaft beeinflussen, zusätzliche Versicherungen abzuschließen oder bestehende Verträge mit höheren Beiträgen auszustatten.

Auf der Leistungsseite können höhere Energiepreise insbesondere dort Bedeutung gewinnen, wo sie sich auf Reparatur-, Produktions- oder Dienstleistungskosten auswirken. Ob daraus tatsächlich höhere Schadenaufwendungen entstehen, hängt allerdings von der jeweiligen Sparte, den Kostenstrukturen und der weiteren Preisentwicklung ab.

Bei langfristigen Versicherungsverträgen kommt ein anderer Aspekt hinzu: Die Inflation verändert die Kaufkraft nominal vereinbarter Leistungen. Eine feste Versicherungssumme oder spätere Rentenzahlung verliert bei anhaltender Teuerung real an Wert. Das gilt auch dann, wenn die Inflationsrate gegenüber früheren Höchstständen bereits deutlich gesunken ist.

Für die Beratung bleibt deshalb die Unterscheidung zwischen nominalen Beträgen und tatsächlicher Kaufkraft wesentlich.

Die EZB steht vor einer unangenehmen Abwägung

Erst am 29. Oktober hat der Rat der Europäischen Zentralbank beschlossen, die drei Leitzinssätze unverändert zu lassen. In seiner geldpolitischen Begründung verwies er auf die gestiegenen Energiepreise, die zugleich Aufwärtsrisiken für die Inflation und Abwärtsrisiken für das Wirtschaftswachstum mit sich bringen.

Die vorläufigen deutschen Oktoberzahlen fügen sich in dieses Bild ein. Der kräftige Energiepreisanstieg steht einer

wesentlich moderateren Kerninflation gegenüber. Damit stellt sich weniger die Frage, ob Energie derzeit teuer ist, sondern ob sich dieser Preisschub dauerhaft auf andere Preise und die Lohnentwicklung überträgt.

Die EZB muss dabei zwei Risiken gegeneinander abwägen: Eine zu restriktive Geldpolitik könnte die ohnehin schwache wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich belasten. Eine zu lockere Geldpolitik könnte dagegen begünstigen, dass sich der Energiepreisschock in einer breiteren Inflation verfestigt.

Die deutsche Inflationsrate allein entscheidet diese Abwägung nicht. Maßgeblich bleibt die Preisentwicklung im gesamten Euroraum.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952759/inflation-oktober-2026-energiepreise-kerninflation/>